

Treffen des Ortsvereins am 17.10.14

Beim letzten Treffen der Mitglieder und Freunde des SPD-Ortsvereins Vachendorf diskutierten die Anwesenden zuerst über die Bundes- und Landespolitik. Wie im Wahlkampf von der SPD versprochen, ist der von einer überwältigenden Mehrheit der Bürger geforderte Mindestlohn von 8,50 Euro ab 2015 im Parlament beschlossen worden. Auch die abschlagsfreie Rente ab 63 nach 45 Beitragsjahren (!) konnte mit der großen Koalition erreicht werden. Dabei sei jedoch zu bemerken, dass auch die Geburtsjahrgänge 1952-64 von dem in rd. 15 Jahren ansteigenden Renteneintrittsalter betroffen seien, d.h. sie werden dann auch erst mit 65 in Rente gehen können. Die beschlossene Mietpreisbremse und strengere Kriterien für Waffenlieferungen wurden als richtig angesehen.

Die SPD habe für das mit den USA geplante TTIP-Abkommen eindeutig die Beibehaltung unserer Sozialstandards gefordert und sich eindeutig gegen einen Investorenschutz von Konzernen und gegen nichtöffentliche Schiedsgerichte ausgesprochen. Die Bürger sollten aber wissen, dass die Entscheidung darüber das Europaparlament treffen wird. Dann wurde über die Politik in Bayern gesprochen. Der von der CSU geforderte Abstand der Windräder, nämlich 10 mal Nabenhöhe, von Wohnhäusern stelle eine Bremse für die Energiewende dar. Man frage sich, ob Seehofer die Energiewende in Bayern nur als Lippenbekenntnis im Wahlkampf vertrete. Ein ausgeglichener Staatshaushalt sei zu loben, aber eine Schuldentilgung durch Verwendung von 700 Mio. Euro aus der Rücklage für zukünftige Pensionen eine Augenwischerei und ein übler Trick.

Für den seit langem bekannten Anstieg von Flüchtlingen aus Krisen- und Kriegsgebieten habe die Landesregierung keinerlei Vorsorge getroffen oder diese sträflich verschlafen. So sei es in München zu unmenschlicher Behandlung von Kriegsflüchtlingen gekommen, weil sie u.a. noch zu dieser Jahreszeit in Zelten untergebracht worden sind. Erst das energische Auftreten des Münchener Oberbürgermeisters Reiter habe eine Verbesserung gebracht. Auch die Schulpolitik in Bayern zeige keine klare Linie. Agnes Göhle und Marlies Kruse, die in jüngster Zeit Erfahrungen mit Ihren Kindern mit dem 8-jährigen Gymnasium machen mussten, kritisierten das ständige Hin und Her in der Bildungspolitik ohne klare Vorstellungen der Staatsregierung. Dazu zähle auch die völlig unzureichende Förderung des Deutschunterrichts für Kinder mit geringen Deutschkenntnissen, obwohl die CSU dies ständig einfordere.

Im weiteren Verlauf der Versammlung berichtete die Vorsitzende über die aktuelle Gemeindepolitik. Mehrmals beschäftigte den Gemeinderat der Bau eines Mehrfamilienhauses am Spenderberg. Der Bauwerber versetzt das Haus nun weiter nach Süden, es wurde eine Gebäudehöhe von 6,30 m festgelegt. Marlies Kruse hielt im Gemeinderat einen Vortrag über die europäische Wasserrahmenrichtlinie. Diese wurde 2000 erlassen und setzte sich den Oberflächen- und Grundwasserschutz als Ziel. 90% dieser Ziele seien jedoch noch nicht erreicht. Für die Gemeinde Vachendorf wurde bereits 2004 ein Gewässerentwicklungskonzept erstellt. Bei uns besteht jedoch kein Handlungsbedarf, da hier eine sehr gute Gewässersituation vorliegt. Der Tourismusverband Chiemgau möchte unser Radwegenetz zu einem Premiumradweg ausbauen. Hierfür ist eine einheitliche Beschilderung notwendig. Im Gemeindegebiet befinden sich ca. 17 Km Radwege. Insgesamt sollen 84 Schilder an 38 Standorten aufgestellt werden.

Das von der Gemeinde erworbene Zischeckgebäude soll grundsaniert werden. Die Kosten für beide Gebäude belaufen sich auf ca. 1,1 Millionen Euro, welche mit 60% bezuschusst werden können. Im

Untergeschoss könnte ein kleiner Saal entstehen, der vielfältig genutzt, z.B. als Probenraum von der Musikkapelle und dem Trachtenverein.

Die Verlegung der Gasversorgung gehe gut voran. Bürgermeister Rainer Schroll berichtete, dass schon Bürger verschiedener Straßenzüge angeschrieben wurden, um festzustellen zu können, wer Interesse an einem Anschluss hat. Zum Rathaus wurde ebenfalls ein Gasanschluss gelegt. Der kostet 3600,00 Euro. Wann angeschlossen wird, ist noch nicht bekannt, bis dahin fällt jedoch keine Bereitstellungsgebühr an.